



PLANZEICHENERLÄUTERUNG UND SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN

PLANRECHTLICHE FESTSETZUNGEN NACH DEM BAUGESETZBUCH (BAUGB) v. 08.12.1986, DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) v. 23.01.1990 UND DER PLANZEICHENVERORDNUNG (PlanZV 90) v. 18.12.1990

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB

- 1.1 WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET § 4 BAUNVO**
- Zulässig sind Wohngebäude, die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden und Schank- und Speisewirtschaften.
- Nicht störende Handwerksbetriebe sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke werden nicht zugelassen (§ 1 Abs. 5 BAUNVO).
- Von dem im WA-Gebiet ausnahmsweise zugelassenen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 werden sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltung, Gartenbaubetriebe und Tankstellen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BAUNVO).
- Zur Wahrung ortsüblicher dem Siedlungsrand angepaßter Bau- und Nutzungsstrukturen werden je Wohngebäude bei I Vollgeschoss max. 2 Wohnungen bei II Vollgeschossen max. 3 Wohnungen zugelassen. Dabei gelten Doppelhäuser als ein Wohngebäude (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BAUGB).

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG, HÖHENLAGE, HÖHE BAULICHER ANLAGEN § 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 BAUGB, §§ 16, 17 u. 18 BAUNVO

- 2.1 I, II**
- Zahl der Vollgeschosse (§ 16 Abs. 2 Nr. 3 BAUNVO)
- 2.1.1 Abweichungen von der Zahl der Vollgeschosse können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn die Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen eingehalten sind.
- 2.2**
- Höhe baulicher Anlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BAUNVO)
- Die max. Höhen baulicher Anlagen ergeben sich aus ihrer zeichnerischen Festsetzung. Dabei bedeutet:
- max. zulässige Traufhöhe
max. zulässige Firsthöhe

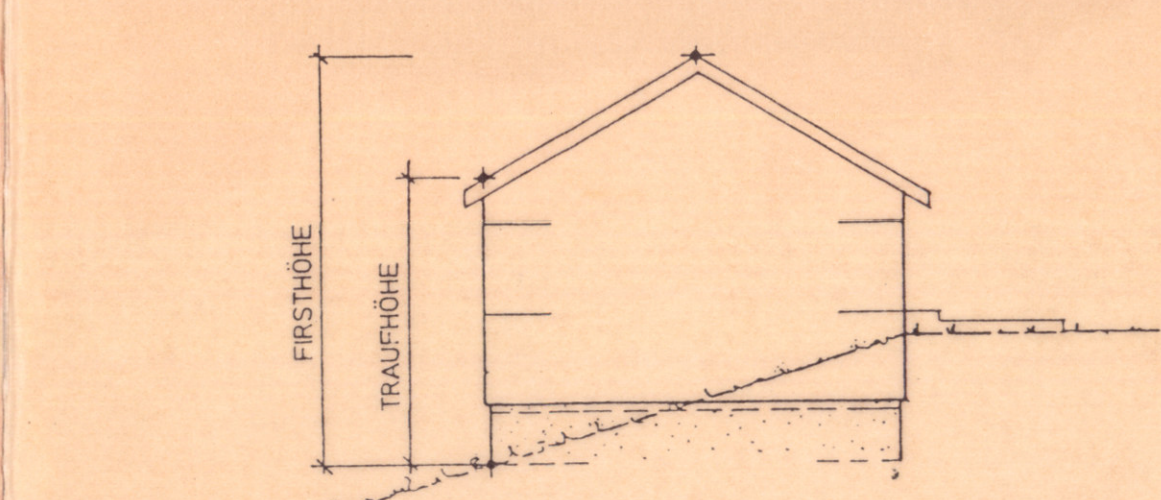
Als Bezugspunkt der festgesetzten Höhen baulicher Anlagen gilt der Schnittpunkt des an das Gebäude angrenzenden natürlichen Geländes mit der Gebäudeaußenkante.

Als natürliches Gelände gilt die tiefste an das Gebäude angrenzende Stelle der Grundstücksographie vor Beginn jeglicher Bauarbeiten (§ 18 Abs. 1 BAUNVO).

Zur Vermeidung von hoher Kniestockausbildung wird die Traufhöhe, bezogen auf die Endgeschossoberkante, zusätzlich begrenzt auf:

4,30 m bei I Vollgeschosß
6,30 m bei II Vollgeschossen

SKIZZE ZUR GEBÄUDEHÖHENBEGRENZUNG:



- 2.3 0,3 0,4**
- Grundflächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 und § 17 BAUNVO)
- 2.3.1**
- Eine Überschreitung der zulässigen GRZ nach § 19 Abs. 4 BauVO wird nicht zugelassen.
- 2.4 0,3 0,6 0,7**
- Geschossflächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 und § 17 BAUNVO)

3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE, STELLUNG BAULICHER ANLAGEN § 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB und §§ 22 und 23 BAUNVO

- 3.1**
- Offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BAUNVO)
- 3.2**
- Offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BAUNVO)
- 3.3**
- Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BAUNVO)
- 3.4**
- Firstrichtung - zwingend (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB)
- 3.4.1**
- Solfern die Firstrichtung nicht zwingend festgesetzt ist, wird diese nur senkrecht bzw. parallel zu den festgelegten Baugrenzen zugelassen.
- 3.5**
- Gargen oder Gebäudeteile mit Garagen sowie überdeckte Stellplätze sind außerhalb der durch Baugrenzen bestimmten überbaubaren Grundstücksflächen nur in den hierfür nach Ziff. 4.1 festgesetzten Flächen für Garagen zulässig (§ 23 Abs. 5 BAUNVO)
- 3.6**
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 16 Abs. 5 BAUNVO)

Hinweis zum Schallschutz:

Vom nahegelegenen Schießstand sind Schießgeräusche wahrnehmbar. Diese liegen nach durchgeführter Schallschutzmaßnahme gemäß dem Gutachten (Anlage Nr. 6) unter dem empfohlenen Grenzwert eines Allgemeinen Wohngebietes.

4. FLÄCHEN FÜR GARAGEN § 9 Abs. 1 Nr. 24 BAUGB

- 4.1**
- Umgrünung von Flächen für Garagen

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl
Max. Traufhöhe	Bauweise
Max. Firsthöhe	

5. VERKEHRSFLÄCHEN § 9 Abs. 1 Nr. 11 BAUGB

- 5.1**
- Strassenverkehrsfläche
- 5.2**
- Gehweg - Fußweg
- 5.3**
- Grünflächen als Bestandteil von Verkehrsanlagen
- 5.4**
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrten
- 5.4.1**
- Entlang des Unteren Höhenweges ist auch das Anlegen von Grundstückszugängen unzulässig
- 5.5**
- Festgelegte Einfahrt
- 5.6**
- Feldweg
- 5.7**
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- 5.7.1**
- Anliegerweg - gemischt genutzt
- 5.7.2**
- Öffentliche Parkfläche

6. FLÄCHE FÜR VERSORGSANLAGEN § 9 Abs. 1 Nr. 12 BAUGB

- 6.1**
- Fläche für Versorgungsanlagen
- 6.1.1**
- Elektrizität - Trafostation

7. HAUPTVERSORGUNGSLITUNG § 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB u. Abs. 6 BAUGB

- 7.1**
- Unterirdische Leitung
- 7.1.1**
- 20 KV 20 KV-Erkkabel
- 7.1.2**
- FM Fernmeldehauptleitung

8. ÖFFENTLICHE UND PRIVATE GRÜNFLÄCHE § 9 Abs. 1 Nr. 15 BAUGB

- 8.1**
- Öffentliche Grünflächen
- 8.1.1**
- Bereich zur Anlage einer Streuobstbaumwiese (Ausgleichsfläche)

9. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT § 9 Abs. 1 Nr. 20 BAUGB

- 9.1**
- Umgrünung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (auch zur Regelung des Ausgleichs nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BAUGB)
- 9.1.1**
- Anlage einer Streuobstwiese
- Auf der im Plan gekennzeichneten Fläche ist eine Streuobstwiese anzulegen (s. Artenliste 6). Je 150 qm ist ein großkroniger Obstbaum zu pflanzen. Als Unterwuchs ist eine Wiese aus Landschaftsgräsern mit Kräutermischung anzulegen. Die Wiese ist jährlich zu mähen, erster Schnitt nicht vor dem 15. Juni. Das Mahgut ist abzutransportieren.
- 9.2**
- Zur Reduzierung von Befestigungsflächen wird der Garagenabstand zum Rand der Verkehrsfläche auf einen Mittelwert von max. 8,00 m begrenzt.
- 9.3**
- Carports, Pergolen, fensterlose Wandflächen von Garagen und Stützmauern über 80 cm Höhe sind mit einer rankenden Begrünung zu versehen. Gegebenenfalls sind Rankerstützen vorzusehen. Die Artenliste des Grünordnungsplanes ist zu beachten.
- 9.4**
- Die Straßenbeleuchtung im Baugbiet ist zum Schutz nachtaktiver Insekten mit insektenfreundlicher Beleuchtung auszustatten.
- Hinweise und Empfehlungen**
- Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen und anderer Änderungen der Erdoberfläche anfallt, ist gesondert von tieferen Bodenschichten auszuheben und zu lagern. Er ist nach Möglichkeit in wieder nutzbarem Zustand auf dem Baugrundstück zu erhalten und zur Rekultivierung und Bodenverbesserung zu verwenden. (Siehe auch § 202 BAUGB).
- Als Lager sind Metalle vorzusehen, die den Erhalt der Bodenfunktionen nach § 1 BodSchG gewährleisten (Schichttiefe max. 2,0 m, Schutz vor Verwitterung etc.).
- Erdaushub sollte weitgehend zum Massenausgleich innerhalb des Baugbietes verwendet werden.
- In den nicht zur Bebauung vorgesehenen Bereichen sollen Bodenverdichtungen vermieden werden, um die natürliche Bodenstruktur vor erheblichen und nachteiligen Veränderungen zu schützen. Entstandene Bodenverdichtungen sind nach Abschluß der Bauarbeiten aufzulösen.
- Es wird empfohlen, das anfallende, nicht schädlich verunreinigte Wasser von Dachflächen auf den Grundstücksflächen zu entsorgen und durch Zisternen zurückzuhalten und einer Regenwassernutzung für z.B. Gartenbewässerung zuzuführen. Hierbei sind die örtlichen Satzungen zur Erhebung von Entwässerungsbeträgen und die DIN 1986 zu beachten.
- Oberflächenbefestigungen von Parkplätzen, Stellplätzen, Grundstückszugängen und Zufahrten sollten mit wasserdurchlässigen Belägen ausgestattet werden. Der Unterbau ist dabei auf den Belag abzustimmen. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Abflusses aus dem Unterbau sind Drainagen im Planungsbereich vorzusehen.
- Im Freien befindliche Beleuchtungsanlagen sollten auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Auf Privatgrundstücken sollte dabei ein Dauerbetrieb vermieden werden.

10. FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND § 9 Abs. 1 Nr. 24 BAUGB

- 10.1**
- Sichtwinkelflächen
- 10.1.1**
- Die festgesetzten Sichtwinkelflächen sind von jeglicher Sichtbeeinträchtigung in einer Höhe von 0,70 m, gemessen über jeder jeweils angrenzenden Fahrbahnkante, freizuhalten.
- 10.1.2**
- 25m Friedhofabstand gemäß Bestattungsgesetz

11. FLÄCHEN FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN SOWIE FLÄCHEN MIT BINDUNG FÜR DIE BEPFLANZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 25, Buchstaben a und b, BAUGB

- 11.1**
- Umgrünung von Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern.
- 11.1.1**
- Anpflanzen von Bäumen
- In der Fläche für das Anpflanzen von Bäumen ist je 150 qm Grundstücksfläche mind. ein hochstämmiger Obstbaum der Artenliste 6 des Grünordnungsplanes zu pflanzen.
- 11.1.2**
- Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern
- In den Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ist auf den davon betroffenen Grundstücken eine geschlossene und abgedufte Bepflanzung herzustellen. Durchgänge und Öffnungen sind unzulässig. Je 200 qm Pflanzfläche ist mind. ein hochstämmiger heimischer Laubbaum zu pflanzen. Je 150 qm Pflanzfläche ist ein Strauch anzupflanzen.
- Hinweis:**
- Die mittlere Wuchshöhe sollte 3 - 5 m nicht überschreiten.
- Standort für das Anpflanzen von Bäumen**
- Bei Festsetzung des Standortes für Bäume ist dieser in der Regel punktförmig genau an der im Plan bezeichneten Stelle zu pflanzen und zu unterhalten. Abweichungen bis 5 m sind zulässig.
- 11.2.2**
- In den Pflanzstandorten innerhalb des Straßenraumes sind hochstämmige, standortheimische Laubbäume mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu pflanzen und zu unterhalten. Die Größe der Pflanzfläche darf 6 qm nicht unterschreiten. Sie sind mit blühenden und kräuterreichem Landschaftsgras anzulegen oder alternativ mit heimischen Wildkräutern bodendeckend zu bepflanzen.
- 11.3**
- Je Baugrundstück ist die Anpflanzung mind. eines mittel- bis großkronigen Obstbaumes oder heimischen Laubbaums vorzuziehen. Die festgelegten Standorte für das Anpflanzen von Bäumen sind zu beachten.
- 11.4**
- Mindestens 10 % Grundstücksflächen sind mit standortheimischen Sträuchern zu bepflanzen. Dabei ist je Strauch 150 qm Pflanzfläche anzunehmen.
- Hinweis:**
- Der Strauchbewuchs sollte als Hecke zwischen den Grundstücken angelegt werden. Ein Formschnitt sollte nur aus Gründen des Nachbarrechtes vorgenommen und sonst eine naturnahe Wuchsförmigkeit angestrebt werden. Ein Rückschnitt sollte nur im Winterhalbjahr (01.10. bis 28.02.) vorgenommen werden. Die mittlere Wuchshöhe sollte 2 - 4 m nicht überschreiten.
- 11.5**
- Zur Bepflanzung werden nur standortheimische Laubgehölze zugelassen. Hierbei sind die Artenlisten und das Pflanzschemas des Grünordnungsplanes zu beachten.
- 11.6**
- Umgrünung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
- 11.6.1**
- Zu erhaltende Bäume und Sträucher
- 11.7**
- Zu erhaltende Einzelbaum
- 11.8**
- Zu erhaltende Bäume und Sträucher dürfen nicht beseitigt werden und sind bei Verlust oder natürlichem Abgang in gleicher Art und Wuchsförmigkeit zu ersetzen. Jungbäume sind durch geeignete Maßnahmen vor Stamm-, Wurzel- und Kronenschäden zu schützen.
- 11.9**
- Bei Bauarbeiten ist für einen ausreichenden Schutz der zu erhaltenden Vegetation Sorge zu tragen. Die DIN 19820 ist zu beachten. Bodenverdichtungen im Bereich der Kronenräume sind zu vermeiden.
- 11.10**
- Solfern Festsetzungen nach Ziff. 11.1 bis 11.7 auf dem Baugrundstück zu beachten sind, ist mit den Baugesuchsunterlagen die entsprechende Bepflanzung oder Pflanzhaltung nachzuweisen.
- Hinweise**
- Im Kronenraumbereich zu erhaltende Bäume sollten Wiesenflächen bestehen bleiben oder neu angelegt werden.
- Die Beseitigung von Bäumen und Sträuchern ist in der Zeit vom 01. März bis 30. September verboten (Naturschutzgesetz).

12. FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND ABGRABUNGEN SOWIE STÜTZMAUERN ZUR HERSTELLUNG DES STRASSENKÖRPERS § 9 Abs. 1 Nr. 26 BAUGB

- 12.1**
- Flächen für Abgrabungen, Böschungsbereinigung 1 : 1,5
- 12.2**
- Flächen für Aufschüttungen, Böschungsbereinigung 1 : 1,5
- 12.3**
- Stützmauer mit Angabe der mittleren Höhe
- Hinweis:**
- Zur Herstellung des Strassenkörpers sind in den an die Verkehrsflächen angrenzenden privaten Grundstücken unterirdische Stützmauern entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich. (Hinterbeton von Randsteinen und Rabattenplatten).
- Die zur Herstellung des Strassenkörpers notwendigen Abgrabungen, Aufschüttungen gehen nicht in das Strassenvermögen über, sondern verbleiben zur ordnungsgemäßen Nutzung bei den angrenzenden Grundstücken, gemäß § 12 Abs. 5 Str.Ges. besteht keine Erwerbspflicht durch die Gemeinde.
- Der Eigentümer hat das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehörs sowie Kennzeichen und Hinweiszeichen für Entscheidungsbeträgen auf seinem Grundstück zu dulden. Es erfolgt im Einzelfall eine vorläufige Benachrichtigung. (§ 126 Abs. 1 BauGB)

13. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES UND DER ERSCHELLEUNGSABSCHNITTE § 9 Abs. 7 BAUGB

- 13.1**
- Grenze des Plangebietes

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN NACH § 74 LANDESBAUORDNUNG in der Fassung vom 08.08.1998

- 14. ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO**
- 14.1**
- Zur Farbgebung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen dürfen nur gedeckte Farbtöne verwendet werden. Die Verwendung leuchtender und reflektierender Materialien und Farben an Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen wird nicht zugelassen. Ausgenommen hiervon ist der Einbau von Sonnenkollektoren.
- 14.2**
- Nebengebäude sind nur in handwerksrechtlicher Ausführung zulässig und in der Dachform und Dachdeckung dem Hauptgebäude anzupassen.
- 14.3**
- Leuchtreklamen und Fremdwerbung sind unzulässig.
- 14.4**
- Doppelhäuser sind in Form, Material und Farbe einander anzupassen.
- 15. DACHFORM UND DACHNEIGUNG § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO**
- 15.1**
- Als Dachformen werden nur geneigte Dächer zugelassen. Einseitig geneigte Putzdächer sind unzulässig.
- 15.2**
- Die Dachneigung wird auf 30 - 48° begrenzt.
- 15.2.1**
- Für Grenzgaragen werden geringere Dachneigungen ab 15° zugelassen.
- 15.3**
- Doppelhäuser sind mit einheitlicher Dachneigung auszuführen.
- 16. DACHGESTALTUNG § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO**
- 16.1**
- Zur Dachdeckung dürfen nur naturrote und rotbraune bis dunkelbraune ziegelartige Dachdeckungsmaterialien verwendet werden. Metallische Dachdeckungen werden nicht zugelassen.
- 16.2**
- Dachgäuben sind erst ab einer Dachneigung von 35° zulässig. Ihre Breite darf 2/3 der Gebäudelänge nicht überschreiten. Ein Mindestabstand von 1,50 m zu den Gebäudewänden ist einzuhalten.
- 17. EINFRIEDIGUNG, GESTALTUNG UNBEBAUTER FLÄCHEN § 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO**
- 17.1**
- Einfriedigungen dürfen entlang von Verkehrsflächen eine Höhe von 1,00 m über Straßenniveau nicht überschreiten. Sockelmauern dürfen eine Höhe von 0,30 m nicht überschreiten. Die Einschränkung im Bereich der Sichtwinkelflächen nach Nr. 11.1.1 der Festsetzungen ist zu beachten. Zum Außenbereich hin wird die max. Höhe von Einfriedigungen auf 1,50 m begrenzt.
- 17.2**
- Als Einfriedigungen werden nur Hecken und offene Zäune in Form von Holz- oder Maschenrandzäunen zugelassen. Bei Zäunen ist ein Bodenabstand von 0,1 m einzuhalten.
- 17.3**
- Aufschüttungen und Abgrabungen gegenüber dem natürlichen Gelände sind nur bis zu einer max. Höhe von 1,00 m zulässig. Die max. Böschungshöhe darf die Höhe von 1,50 m nicht überschreiten (Begriff natürliches Gelände s. Ziff. 2.2.1).
- SKIZZE ZUR HÖHENBEGRENZUNG VON BÖSCHUNGEN**
- max. Aufschüttung 1,00 m
max. Abgrabung 1,00 m

18. NIEDERSpannungsfREILEITUNGEN § 74 Abs. 1 Ziff. 5 LBO

- 18.1**
- Niederspannungsfreileitungen im Baugbiet sind unzulässig.

19. STELLPLATZVERPFLICHTUNG § 74 Abs. 2 Ziff. 2 LBO

- 19.1**
- Die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen wird erhöht:
- Für Wohnungen bis 50 qm Wohnfläche auf 1,0 Stellplatz
 - Für Wohnungen über 50 qm Wohnfläche und unter 100 qm Wohnfläche auf 1,5 Stellplätze
 - Für Wohnungen über 100 qm Wohnfläche und freistehende Einfamilienhäuser auf 2,0 Stellplätze
- Haftende Werte sind aufzurunden.

20. SONSTIGE NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE FESTSETZUNGEN § 9 Abs. 6 BAUNVO

- 20.1**
- Bodenfunde
- Beim Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des 4. Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20 DSchG). Auf die Abklärung von Ordnungswidrigkeiten nach Denkmalschutzgesetz wird verwiesen.
- 20.2**
- Altlasten
- Werden bei Erdarbeiten fremde Materialien bzw. verunreinigtes Aushubmaterial angetroffen, so ist dieser Aushub von unbelastetem Aushub zu trennen und gemäß § 7 Bodenschutzgesetz Baden-Württemberg und den §§ 1, 10 und 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu verfahren. Dabei ist die betroffene Gemeinde und das zuständige Landratsamt Fachdienst Umweltschutz umgehend über Art und Ausmaß der Verunreinigung zu benachrichtigen.

Bei erheblichem Ausmaß sind die Arbeiten bis zur Klärung des weiteren Vorgehens vorläufig zu unterbrechen. Bezüglich des Entsorgungsweges und der Formalitäten gibt der zuständige Abfallentsorger Auskunft.

Grenze des Landschaftsschutzgebietes Neckartal III (Rechtsverordnung vom 01.12.1986)

Die Regelungen der Verordnung sind zu beachten.

DARSTELLUNGEN OHNE FESTSETZUNGSCHARAKTER

- 20.3**
- Geplante Grundstücksgrenzen
 - Vorhandene Böschungen
 - Geländeschritt
 - Straßenbezeichnung
 - Aus Baugebieten nachgetragener Gebäudebestand bzw. Planung
 - Vorhandene Gehölze oder Bäume

Ausfertigung:

Der Inhalt dieser Anlage stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Gemeinderates vom 09.02.1998 überein.

Hassmersheim, den 9.2.98 Der Bürgermeister:

INGENIEURBÜRO FÜR KOMMUNALPLANUNG

Dipl.-Ing. Manfred Böhling - Dipl.-Ing. (FH) Gerhard Leiblein - Dipl.-Ing. (FH) Dirk Lysak

74804 MOSBACH POSTFACH 1425 - 74821 MOSBACH SCHILLERSTR. 29

GEMEINDE ORTSTEIL

HASSMERSHEIM HOCHHAUSEN

BEBAUUNGSPLAN

HÖHFELD

LAGEPLAN M.1:500

DER PLANFERTIGER BÜRO FÜR KOMMUNALPLANUNG MANFRED BÖHLING SCHILLERSTR. 29 74821 MOSBACH TEL. 06261-92900	ANLAGE: 3 FERTIGUNG: 1 DATUM: 09.02.1998
---	---